



Gemeindegtag
Baden-Württemberg

An Herrn Landrat Edgar Wolff und
die Damen und Herren Kreisräte
(soweit deren Emailadressen öffentlich sind)

**Kreisverband
Göppingen**

Martin Stölzle
Vorsitzender
Schloss 1 – 4
73072 Donzdorf

Telefon: 07162/922-300
Telefax: 07162/922-521
E-Mail: martin.stoelzle@donzdorf.de

Donzdorf, 10. Oktober 2024

Sehr geehrter Herr Landrat Wolff, sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,

mit großer Enttäuschung haben wir Ihr Informationsschreiben zu den Haushaltseckdaten und zum Kreisumlagehebesatz 2025 gelesen. Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen können und wollen wir dies nicht unkommentiert zur Kenntnis nehmen. In der Sitzung des Gemeindegtag Kreisverbandes am 10. Juli in Gruibingen wurde uns eine voraussichtliche Anhebung des Kreisumlagesatzes um zwei Prozentpunkte angekündigt, in der Sitzung am 23. September waren es dann plötzlich 5,1 Prozentpunkte, die bedauerlicherweise vorher in anderen Foren kommuniziert wurden, und die wir als verantwortliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister erst zu diesem Zeitpunkt offenbart bekamen. Ihre Argumentation zu dieser Erhöhung lässt sich wie folgt zusammenfassen: Im Kreishaushalt wurde alles Mögliche eingespart, allein das Klinikdefizit macht diese Kreisumlagerhöhung notwendig.

Bereits in der Sitzung haben wir klar und unmissverständlich geäußert, dass eine derartige Erhöhung nicht nur schwer verdaulich, sondern schlicht unverdaulich ist, denn dieser Kreisumlagehebesatz hat zumindest für die allermeisten Kommunen des Landkreises eine geradezu erdrosselnde Wirkung, was gegebenenfalls juristisch zu prüfen wäre. Mit dieser Perspektive genehmigungsfähige, weil ausgeglichene Haushalte zu präsentieren, wird den allermeisten Städten und Gemeinden so nicht mehr möglich sein. Dies ist aus unserer Sicht rechtlich nicht korrekt und zudem politisch wenig sachdienlich. Denken wir Ihre Logik konsequent, dann bedeutet dies, dass Sie die aufgrund bundespolitischer Rahmenbedingungen nicht auskömmliche Finanzierung der Kliniken an die Kommunen durchreichen und diesen damit die Chancen zum Erhalt und Ausbau kommunaler Infrastruktur verbauen.

Aus unserer Sicht muss deshalb an drei Stellschrauben gearbeitet werden:

1. Die Frage, die wir bereits in der Kreisverbandsitzung am 23. September aufgeworfen haben, heißt: „Kann sich der Landkreis Göppingen diese Klinik leisten?“ Die Antwort auf diese Frage kann nicht in Privatisierungsgedanken o. ä. liegen, sondern muss als Ziel haben, landes- und bundespolitisch so zu wirken, dass eine Klinik im normalen Betrieb wirtschaftlich geführt werden kann. Wenn wir dies mit Nachdruck gegenüber der Landes- und Bundespolitik darlegen wollen, dann muss klar sein, dass der Kreishaushalt bei diesen Belastungen nicht mehr auskömmlich finanziert wird und dass deshalb diese Lasten nicht dem Landkreis als Krankenhausträger aufgebürdet werden können. Deshalb ist es notwendig und sinnvoll, dieses Finanzierungsdelta durch eine Ausweisung entsprechender Fehlbeträge im Kreishaushalt offenkundig zu machen.
2. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir immer wieder moniert, dass die Jahresabschlüsse des Landkreises deutlich positiver ausgefallen sind als die Planungen vorgesehen hatten und diese teilweise zweistelligen Millionenüberschüsse regelmäßig in die Landkreisrücklagen eingegangen sind. Diese originär kommunalen Gelder wurden in gewissem Umfang bei der Bemessung des Kreisumlagehebesatzes seit dem vergangenen Jahr berücksichtigt. Konkret erfolgte dies dadurch, dass oft weniger durch besondere Einsparungen, sondern wesentlich durch die Entnahme der Rücklage der Kreisumlagehebesatz gehalten wurde. Festzuhalten bleibt deshalb, dass selbst 2022 noch ein Überschuss von über 9 Mio. Euro erzielt wurde und davor zwischen 2018 und 2021 insgesamt rund 40 Mio. Euro ins Basiskapital gebucht und damit den „freien Mitteln“ entzogen wurden. Dies haben wir bereits in früheren Jahren moniert und müssen dies in der jetzigen Betrachtung ausdrücklich noch einmal erwähnen. Auch aus dieser

Perspektive ist es deshalb konsequent und folgerichtig, wenn der Kreishaushalt deutliche Fehlbeträge ausweist, die, sollten sie in den nächsten drei Jahren nicht kompensiert werden können, gegen das Basiskapital aufzulösen sind.

3. Schließlich wollen wir auch in diesem Jahr nicht verhehlen, dass wir die Einsparbemühungen des Landkreises noch keineswegs als vollständig ausgenutzt betrachten, sondern dass wir, wie in der Sitzung angedeutet und bereits in den Vorjahren angemahnt, eine Vielzahl von Stellen im Landratsamt nicht für erforderlich halten, namentlich Stellen, die sich mit Klimaschutz, Klimaveränderung, Klimafolgenanpassung, bürgerschaftlichem Engagement, Bildungspolitik, Gesundheitswesen etc. beschäftigen, von denen wir als Kommunen weder den Bedarf noch eine ausreichende Effizienz und Wirksamkeit erkennen können und die im Kreis der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bereits als „Orchideenstellen“ tituliert werden. Deshalb möchten wir einmal mehr die deutliche Aufgabenkritik anmahnen, die sich verstärkt an der Verwaltungseffizienz und weniger an der politischen Opportunität orientieren sollte. Dies gilt auch für Projekte im ÖPNV und Radverkehr wie beispielsweise den Radwanderbus, engere Vertaktungen oder die Erarbeitung von Konzepten, deren Realisierung schon aus rein finanziellen Erwägungen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.

Als Kommunen bieten wir für den notwendigerweise zu gehenden Weg gerne unsere Mitwirkungsbereitschaft an, sind bereit, auch Forderungen unsererseits – die zugegebenermaßen in den vergangenen Jahren auch zu erhöhten Kosten geführt haben – zu überdenken, zurückzunehmen und vor allem in zukünftigen Diskussionen zurückzustellen, um so eine Finanzpolitik zu bestärken, die alle politischen Ebenen in dem Maße berücksichtigt, wie es zur jeweiligen Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Zu diesbezüglichen Gesprächen sind wir auch weiterhin bereit und hoffen auf Verständnis bei Kreistag und Kreisverwaltung, zumal in der Presse bereits von ersten Bemühungen der Kreisverwaltung in diese Richtung zu lesen war.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Stölzle
im Namen aller Kommunen des Landkreises Göppingen

zur Kenntnis an:

Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Kommunen des Landkreises
Presse